

146 Sturm auf dem Wohlfahrtsamt

Keine 65 Pf. für ein krankes Kind! — Was bekommt aber der Herr Oberbürgermeister?

Sitten. Wie sich die Not der werktätigen Bevölkerung zeigt, zeigt sich am deutlichsten auf den Wohlfahrtsämtern. Stundenlang müssen die Leute warten, ehe sie vorgelassen werden. Wenn sie dann endlich ihr Anliegen vorbringen können, müssen sie sich sagen lassen, daß ihnen nicht geholfen werden könne, da die Stadt kein Geld habe. Wie rücksichtslos dabei vorgegangen wird, zeigt folgender Vorfall:

Das Kind eines ausgezeherten Erwerbslosen ist schwerkrank. Vom Arzt hat er ein Rezept erhalten. Die Medizin kostet 65 Pfennig. Da er kein Geld hat, geht er zum Wohlfahrtsamt. Der Protest verjagt, den Wohlfahrtsbeamten Kollert zu überzeugen, daß die Ablehnung unannehmlich sei. Doch alles Neben hilft nichts, der Beamte ist nicht zu erweichen. Da ersah der Arbeiter der Form und Volkert, der selbst aus einer Familie stammt, aber jetzt als Wohlfahrtsbeamter so wenig soziales Ges

fühl zeigt, erhält eine derbe Mahnung. Sofort wurde ein Schuhmann herbeigerufen, der den Mitarbeiter verhaften sollte. Dieser begnügte sich aber mit der Aufnahme des Sachverhalts und lehnte die Verhaftung ab. Daraufhin wurde Verhaftung in Gestalt des den Arbeitern sehr gut bekannten Wachmeisters Tiede gerufen. Da inzwischen auch die übrigen Unterhaltungsbedürftigen in Empörung geraten waren, konnte auch dieser nichts ausrichten. Durch Polizeiverhaftung wurde dann das Wohlfahrtsamt geräumt.

Es ist eine Schande, daß wegen 65 Pf. erst der ganze Polizeiparapparat in Bewegung gesetzt werden muß. Beim Begrüßung des Stadtratsordnungsverwalters Jander sind Hunderte von Marx für Blumen und Tinte mitgebracht worden, für einen einzelnen Protesten sind nicht mal 65 Pfennig vorhanden.

Wertigkeit! Macht Schluß mit dieser Gesellschaft, kämpft mit der SPD gegen Hungerdiktatur und Faschismus! (NR 151)

Nazis als Streifbrecher

im Kampf der Holzarbeiter gegen Lohnraub!

Seit acht Tagen stehen die Holzarbeiter in Hannover-Springe im Streik gegen Lohnraub. Durch Heranziehung von Streifbrechern suchen die Unternehmer die Front der kämpfenden Arbeiter zu durchbrechen. Die Nationalsozialisten trachten sich hierbei wieder als die bezahlte Garde des Unternehmertums. Die Massenstreikposten aus Streikenden und Erwerbslosen haben jedoch das Eindringen der Nazistreifbrecher in den Betrieb verhindert und werden auch in Zukunft alles tun, um die Nazistreifbrecherbande zu hindern, damit sie nicht den Streikenden in den Rücken fallen kann.

Rönigshain wählt zwei Delegierte

Rönigshain. In der von der SPD am 10. Januar einberufenen Bauernversammlung wurden nach einem lehrreichen Referat des Genossen Breuker (Hetzogswalde) zwei Delegierte zum Kampfprogramm gegen den Faschismus gewählt, und zwar ein Bauer und ein parteiloser Arbeiter.

Arbeiter und Bauern! Nur eine geschlossene revolutionäre Front bringt euch Befreiung von der faschistischen Diktatur.

Schleht euch zusammen in Stadt und Land und kämpft für ein Sowjetdeutschland! (NR 156)

8 Monate Gefängnis für Genossen Vogt

Leipzig, 16. Januar. (Eig. Bericht.)

Unter dem Vorhild des berühmten nationalsozialistischen Staatsanwalts Hölder fand am Mittwoch den 14. Januar 1931 gegen den Genossen Arthur Vogt vor dem Leipziger Schöffengericht ein Prozeß statt. Die Anklage lautete auf Missetat, Mordversuch, Verleumdung, Verleumdung, Gefangenenbefreiung und tätlichen Angriff auf Polizeibeamte. Das Gericht kam trotz Anrechnung mildernder Umstände zu dem fahndalen hohen Urteil von acht Monaten Gefängnis.

Der Anklage lag ein Zusammenstoß am 18. November 1928 zwischen protestierenden Stahlhelmern und Arbeitern zugrunde, bei dem die Faschisten, trotz dem herbeizurufenen Polizeieinsatz, von den Arbeitern eine derbe Abfuhr erhielten. Verstärkte Sammelung für den Nordabschrei der roten Hilfe, Stärkung der Solidaritätsfront, das ist unsere Antwort gegen den Faschismus!

Ein verbrecherischer Anschlag gegen „Die Rote Fahne“

Wie in Hamburg und anderen Orten, versucht die Bürokratie des Buchdruckerverbandes, auch in Berlin die kommunistische Presse zu lähmen. Sie hat jetzt „Aktion“ gegen die Druckerei der „Roten Fahne“ unternommen, die aber völlig gescheitert ist. In der Druckerei, in der die „Rote Fahne“ gedruckt wird, wurde bisher auch die „Welt am Abend“ hergestellt. Diese Zeitung wird nun in einer anderen Druckerei hergestellt, weshalb eine Anzahl Buchdrucker getätigt werden mußten. Dies nahm die Bürokratie des Buchdruckerverbandes zum Vorwand, um außer 10 getätigten Maschinenlehren weitere 19 Maschinenlehrer, der SPD feindliche Elemente, zur Knechtung der Arbeit zu veranlassen. Das Erscheinen der „Roten Fahne“ sollte verhindert werden.

Aber es war ein Fehlschlag. Die übrige Belegschaft verurteilt die Haltung der betreffenden Maschinenlehrer aufs Schärfste. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß es heute der sozialdemokratischen Bürokratie des Buchdruckerverbandes nicht mehr möglich ist, irgendeine Druckerei kommunistischer Zeitungen aus parteipolitischen Gründen stillzulegen. Denn die Zahl der revolutionären Buchdrucker, die trotz des Ausdrückerterrors ihre Presse voll und ganz verteidigen werden, ist so angewachsen, daß alle Anstrengungen der sozialdemokratischen Bürokratie vergeblich sind.

Aber es muß die Frage aufgeworfen werden, weshalb die Bürokratie des Buchdruckerverbandes gerade jetzt ihre „Aktion“ gegen die Druckereien kommunistischer Zeitungen unternimmt. Sie will jetzt

die Augen der Buchdrucker davon ablenken, daß mit Hilfe der sozialistischen Bürokratie ein Abbau der Löhne der Buchdrucker durchgeführt werden soll.

Schon in der letzten Zeit ist im Buchdruckergewerbe ein Abbau der überrationalen Löhne im Gange. Die Bürokratie legt alles ein, um jeden Kampf gegen die Buchdruckkapitalisten zu verhindern. Um von diesem Verbrechen abulenken, werden jetzt „Aktionen“ in Druckereien kommunistischer Zeitungen verübt.

Aber die Buchdrucker werden in ihrer Mehrheit nicht auf diesen betruglichen Spiel hereinfallen. Jeder Arbeiter weiß, daß die kommunistische Presse durch Lähmung und sozialdemokratische Polizeipräventiven ununterbrochen schwer geschädigt wird, während die SPD-Presse allein aus den Gewerkschaftskassen Millionen zuziehen. Wenn der KDSB-Vorstand bei ja im letzten Wahlkampf der SPD eine Million ausgeleert. Auch jeder denkbare Buchdrucker wird einsehen, daß es den Druckereien kommunistischer Zeitungen nicht möglich ist, Personal zu behalten, für das keine Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden ist, daß also selbst vom Standpunkt der Gewerkschaften nicht der geringste Rückhaltige Grund für das Vorgehen der Buchdruckerbürokratie vorliegt.

Die Belegschaft der Druckerei wendet sich in einer scharfen Erklärung gegen die sozialistische Bürokratie, die, um den Generalangriff der Druckkapitalisten gegen Millionen Arbeiter zu unterstützen, versucht, die kommunistische Presse zu vernichten.

Das Gebot, das täglich vor den Ausbeutern auf dem Bause ruht, ist im Interesse ihrer Ausbeutung: Besetz mit jedem Verbrechen gegen Organisationen des revolutionären Proletariats und seine Einrichtungen. Die Streifdrucker

bande aus den Redaktionsstuben der SPD-Presse, die nach vor wenigen Tagen den Streik der Ruhrarbeiter gegen die Aktionäre vom Wohlfahrt als „Verbrechen“ bezeichnet, bringt die widerträgliche Aktion gegen die „Rote Fahne“ als Spinnweben auf die erste Seite. Während der monatlichen Lohnberechnung der 160.000 jährlichen Metallarbeiter aber brachte das Dresdner SPD-Büro fünf bis sechs kleine Notizen hinten im Blatt verteilt. Die Zustimmung zu der Willensverweigerung vom löchlichen Staat an den Staat und gleichzeitiger Arbeit an der Löhne für die Arbeiter der Döhlerer Wörthütte, die Zustimmung zu dem Lohnraub an den löchlichen Metallarbeitern, das findet die Bande in Ordnung.

Ganz offensichtlich handelt die Buchdruckerbürokratie nur im Auftrag der sozialistischen Bourgeoisie, wenn sie versucht, die Druckerei des revolutionären Proletariats durch solche Streifaktion zu vernichten.

Die Antwort der Massenbewussten Arbeiter muß sein, in allen Betrieben und Arbeiterorganisationen diese Aktionen der Bourgeoisie zu brandmarken und die stärkste Werbekampagne für die kommunistische Presse, den Massenkampf kommunistischer Literatur zu organisieren. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin muß sich zur Pflicht machen, einen neuen Vektor für die kommunistische Presse zu gewinnen.

Buchhausurteil gegen revolutionäre Arbeiter

Birmensdorf, 17. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Gegen 4 angeklagte Kommunisten wurde gestern Abend das Urteil wegen angeblichen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz gefällt. Für die Haftlosigkeit der ganzen Anklage spricht schon die Tatsache, daß man einen der Angeklagten, der seit September in Untersuchungshaft gesessen hat, auf Kosten der Staatskasse freisprechen mußte. Um die Pein der ganzen Staatsanwaltschaft zu vermeiden, wurden von den anderen 3 Angeklagten einer zu 2 Jahren Buchhaus, der zweite zu 2 Jahren Gefängnis und der dritte zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem werden sämtliche drei Angeklagten unter Polizeiaufsicht gestellt.

Sollgen, 17. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die zentrale Streikleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Opposition) verurteilt einen Antrag, in dem die Zerlegungsgarantie der sozialistischen Streikdruckerorganisation der reformistischen Bürokratie noch einmal vor der gesamten Arbeitererschaft angegriffen wird. Die Sozialisten haben ihre Elemente zusammengeführt und unter dem betrügerischen Vorwand, ein Lohnabbaun werde nicht eintreten, in die Betriebe geführt. Die zentrale Streikleitung hat deswegen beschlossen, daß die auch im Streik stehenden Betriebe, insgesamt 8, um ihre betrieblich gestellten Forderungen auf der Grundlage betrieblicher Kampfprogramme weiterkämpfen und in jedem Betrieb, in jeder Abteilung, wo die Unternehmer den Lohnraub ankündigen, der Streik sofort wieder aufgenommen wird.

Wo sitzen die Verbrecher?

Der Artikel 18 hat den Ruhrbergarbeitern einen sechsprozentigen Lohnraub diktiert. Diese Tatsache als Resultat der sozialfaschistischen Streikbewegung hat Empörung und Erbitterung unter den Bergarbeitern ausgelöst. Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet die sogenannte „Linke“ faschistische SPD-Presse sich zum Anwalt Süleimanns aufschwingt. In der Vollziehung von Reichen von gestern leben wir ja.

„Wie immer und überall, so haben sich auch im Ruhrlohnkampf wieder einmal die Kommunisten als die Helfer des Unternehmertums gezeigt. Ohne ihren Streifpuls hätten die Gewerkschaften eine bedeutend bessere Stellung ihrer Verhandlungen gehabt. . . . Daß nicht mindestens 5 Prozent herausgeholt wurden, dafür können sich die Bergarbeiter einzeln und allein bei den Kartellen und Verbänden der kommunistischen RGO bedanken.“

Es genügen ein paar praktische Beispiele und einfache Heberlegung, um dieses frohe Kränzen, das ja gegenwärtig die gesamte Gemeindeführung der RGO und der SPD-Führung beherrscht, zu widerlegen. In der faschistischen Metallindustrie ist es der Bürokratie bis jetzt gelungen, eine Streikauflösung zu verhindern. Offen hat für dem fünfprozentigen Lohnabbaun zugestimmt. Die Folge davon: Über den Schiedspruch hinausgehende Einzelverträge der Unternehmer auf 15 bis 20prozentige Lohnkürzung. Die Prosoziation der Industriellen entscheidet über einfachen Heberlegung, daß die Bürokratie jeden Streik zu unterbinden versucht und die RGO im Augenblick noch nicht stark genug war, eine breite Streikbewegung auszulösen. Wer hilft den Unternehmern? Jeder kann sich die Frage beantworten.

Umgekehrt das Beispiel des Chemnitzer Strakenbahnerstreiks: Nur der von der RGO ausgelöste Streik hat die weitestgehenden Pläne der Gemeinden gebremst, die vorgedachten Entlassungen und Arbeitsverdrängungen auf die Betriebe ganz Sachsen auszuweiten. Die Kampftrakt der Chemnitzer Strakenbahner den Gegner nicht geschickt, hätte er keine Pläne voll zur Ausführung gebracht. Wer hat den Strakenbahner von Dresden, Leipzig usw. gebildet? Die Antwort ist einfach.

Dasselbe trifft auf den Ruhrbergbau zu. Die Kohlenzone haben gestützt vor der Streikbewegung der RGO. Nicht 6, sondern 8 und 10 Prozent hätte das „Frei-Wann-Kollektivum“ diktiert, wenn nicht die Drohung einer neuen, noch mächtigeren Streikwelle es abgemildert hätte. Gerade angesichts des empfindlichen Bergarbeiterstreiks wäre einem Generalstreik der deutschen Bergarbeiter voller Erfolg beizumessen gewesen. Das war die Absicht der RGO, darum organisiert sie den Streik. Die Süleimann und Soperating, die Helfen der industriellen „Linke“, haben dem Bergarbeitern mit Maßnahmen, Schieber und Streikbruch „geholfen“. Der „Erosion“ ist der kollektivistische Lohnabbaun.

Das Weimarer SPD-Büro schreibt zum Schluß: „Nach 11 nicht aller Tage Abend. Die Unruhe der Kampfsituation, die für die Arbeiter durch die faschistische Wirtschaftskrise entstanden ist, kann nicht ewig dauern, auch die Bergarbeiter werden eines Tages abbrechen.“

Dieser Wechsel auf die Zukunft ist ein alter Faschistenrezept der Bürokratie. Als in den Jahren 1927/28 Hochkonjunktur herrschte, mußte die als Kränzen gegen den Streik herbeizurufen, da ja die Arbeiter bei ihren hohen Verbindlichkeiten sich nur selbst schädigen würden.“ Jetzt dient umgekehrt die Wirtschaftskrise als Argument gegen den Streik. Die Erklärung dafür ist, daß die Interessen der Bürokratie mit der Bekämpfung der individuellen Hungerordnung gegenüber revolutionären „Störwerken“ verbunden sind.

Aber man gemahnt nicht die Verlogenheit der „Linke“ SPD-Führer, sondern das Urteil der Arbeiter zu den entscheidenden und Bergarbeitern an der Ruhr werden bei den kommenden Betriebsräte wählen das Urteil über die „Linke“ Straken und Verbrecher der RGO sprechen, daß den „Linke“ Straken und Straken vergeben wird.

Landarbeiter im Steuerfrei

Schweidach, 17. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Landarbeiter zweier Gemeinden in Werdohl beschließen, den Kampf gegen die Angehörigen anzunehmen. Sie haben deswegen der Verwaltung mitgeteilt, daß, wenn die Steuer vom Lohn abgezogen würde, die Landarbeiter geschlossen die Arbeit niederlegen. Unter dem Druck der Streikdrohung hat die Verwaltung nicht gewagt, bei der Lohnzahlung am 10. 1. den Steuerabzug vorzunehmen.

Streik in der Nürnberger Glasindustrie

Die Arbeiterchaft der Nürnberger Glasindustrie ist gegen den drohenden Lohnraub in der Streik getreten. Es ruhen die Betriebe Baurische Spiegelglasfabriken, vorm. Gedmann-Kupfer; Vereinigte Spiegelglasfabriken AG; H. Reiber & Co.; Tafel-Glasfabrik; Jakob Rühbercher & Söhne in Neumühle; T. V. Lehmann und Z. Fendel & Söhne (Nürnberg-Röhre).

Nachdem in Schwien bereits 5000 Glasarbeiter ausgebeutet sind, weil sie sich den Lohnraub nicht gefallen lassen, sind auch die Nürnberger Glasarbeiter in den Kampf eingetreten.

Was Menschenleben für Dorpmüller wert sind

Am 27. Dezember 1930 bemerkte ein Arbeiter auf dem Dabuti in Schirgiswalde einen Schienenbruch. Sofort meldete er dieses auf der Station. Dadurch konnte ein größeres Unglück verhindert werden und man liberierte dem Arbeiter eine Belohnung zu. Diese ließ auch nicht lange auf sich warten. Er erhielt von Dorpmüllers Verwaltung eine .

Belohnung in der Höhe von 2 (zwei) Mark.

Von den 2 Mark wurden ihm sofort 20 Pfennig an Steuern abgezogen, so daß er nur 1,80 Mark ausbezahlt erhielt. Wäre der Entbecker des Schienenbruchs ein sozialistischer Beamter gewesen, so hätte man ihm sicher nicht nur 2 Mark von den 20 Millionen Mark Korruptionsgeldern gegeben. (NR 141)

Für sparsames Wirtschaften:

MAGGI Würze

Als Suppen, Soßen, Gemüse usw. in Flaschen von 20 Pf. an.

MAGGI Suppen

in Würlein. Kochfertig. 28 Sorten. 1 Würfel für 2 Teller 13 Pf.

MAGGI Fleischbrühe

Die Bouillon für alle Zwecke. 1 Würfel für 1/4 Liter 4 Pf.